



Ressort: Politik

## Diskussion um Nutzung privater Sparvermögen

Kirchheim unter Teck, 18.02.2025 [ENA]

In den aktuellen politischen Debatten rücken Vorschläge zur Mobilisierung privater Sparvermögen zunehmend in den Fokus. Vertreter mehrerer Parteien haben in den vergangenen Monaten Überlegungen geäußert, inwieweit private Ersparnisse zur Finanzierung staatlicher Investitionen, zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme oder zur Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente herangezogen werden könnten.

**CDU-Kanzlerkandidat Merz: Investitionen durch Mobilisierung von Sparvermögen**

Friedrich Merz (CDU) thematisierte auf dem CSU-Parteitag am 12. Oktober 2024 die Möglichkeit, einen Teil des auf deutschen Konten befindlichen Sparvermögens für öffentliche Investitionen zu nutzen. In seiner Rede erklärte er:

“Auf den deutschen Konten, Sparkonten und Girokonten, liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich mal einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur 10 Prozent zu mobilisieren – mit einem vernünftigen Zinssatz: für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland; für den Ausbau dessen, was wir in der Bildung, im öffentlichen Sektor, in der gesamten öffentlichen Infrastruktur brauchen.”

Während einige diese Idee als innovative Lösung zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten begrüßen, äußern Kritiker Bedenken, dass eine staatliche Einflussnahme auf private Ersparnisse das Vertrauen in das Bankensystem beeinträchtigen könnte.

**Grünen-Kanzlerkandidat Habeck: Sozialabgaben auf Kapitalerträge**

Ein weiterer Vorschlag kommt von Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen). Er brachte eine Reform der Sozialversicherungsbeiträge ins Gespräch, die auch Kapitalerträge erfassen soll. Konkret schlägt er vor, dass auf Zinsen und Dividenden künftig Krankenkassenbeiträge erhoben werden. In einem Interview mit der ARD sagte Habeck:

“Wir sollten auch diese Einkommensquellen sozialversicherungspflichtig machen.

Wenn auf diese Weise die Beitragsgrundlage der gesetzlichen Krankenversicherung verbreitert wird, wäre

**Redaktioneller Programmdienst:  
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service .....

dies ein Schritt zu mehr Solidarität innerhalb des Systems.”

Dieser Vorschlag würde Kapitalanleger und Sparer betreffen und könnte eine zusätzliche finanzielle Belastung für Bürger darstellen, die ihr Vermögen zur Altersvorsorge oder für andere Zwecke angelegt haben.

SPD-Vorschlag: Staatsfonds mit privatem Kapital

Auch aus der SPD kommen Überlegungen zur Nutzung privater Ersparnisse. Achim Post, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, sprach sich für einen staatlich verwalteten Investitionsfonds aus, der mit privaten Sparguthaben ausgestattet werden könnte. Sein Argument:

“Auf deutschen Sparbüchern lagern Hunderte Milliarden Euro – für einen Zinssatz gegen Null. Diesen Sparern kann man ein Angebot machen, das Sicherheit und Rendite verbindet.”

Laut Post könne der Staat als Initiator eines solchen Fonds auftreten, ohne dass die eingesetzten Mittel als klassische Haushaltsausgaben oder neue Schulden gewertet würden. Kritiker befürchten jedoch, dass eine staatliche Lenkung privater Gelder langfristig zu einer schleichenden Einschränkung der finanziellen Eigenverantwortung der Bürger führen könnte.

Bewertung und Ausblick

Während Befürworter dieser Ideen betonen, dass es sich um freiwillige Modelle handelt, warnen Wirtschaftsexperten vor möglichen Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in das Finanzsystem. Die Frage, inwieweit staatliche Eingriffe in private Sparvermögen zulässig und wirtschaftlich sinnvoll sind, dürfte in den kommenden Monaten weiterhin intensiv diskutiert werden.

Hinweis: Die genannten Vorschläge befinden sich in der politischen Diskussion. Eine konkrete gesetzliche Regelung oder verpflichtende Maßnahmen zur Nutzung privater Sparvermögen bestehen derzeit nicht.

Bericht online lesen:

[https://www.european-news-agency.de/politik/diskussion\\_um\\_nutzung\\_privater\\_sparvermoegen\\_-90822/](https://www.european-news-agency.de/politik/diskussion_um_nutzung_privater_sparvermoegen_-90822/)

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Prinzessin Elfi Singer

**Redaktioneller Programmdienst:  
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.